

Wir alle, auch die Bischöfe, müssen die Gaben und Aufgaben aller anderen für das Ganze der Kirche ernst nehmen. Nur so gewinnt die Einheit der Kirche eine konkrete Gestalt. Nur so kann eine stagnierend-tödliche Vereinheitlichung ebenso vermieden werden wie die heute zweifellos noch größere Gefahr einer Desintegration, eines Zerfalls der Kirche in monologisierende und sich bekämpfende Gruppen.

Kardinal Döpfner

Vom holländischen Konzil zur deutschen Synode

In den letzten Wochen überkreuzten sich in europäischer Nachbarschaft zwei kirchliche Vorgänge von besonderer Bedeutung. In der zweiten Woche nach Ostern (vgl. ds. Heft, S. 203) beendete das *Niederländische Pastorkonzil* nach zwei Jahren und vier Monaten Beratungen und sechs Vollversammlungen — offiziell eröffnet wurde es bereits am 27. November 1966; die erste Vollversammlung fand aber erst Anfang Januar 1968 statt — seine Arbeiten. In der Bundesrepublik begann zur gleichen Zeit, wenn auch in mehreren Etappen die Umsetzung der Vorbereitung der *Gemeinsamen Synode der Bischöfe* in die Öffentlichkeit. Zwar sind die Vorbereitungsarbeiten längst ange laufen — sie begannen offiziell mit dem Beschluß der Bischofskonferenz von Ende Februar 1969 zur Abhaltung der Synode —, doch vollzog sie sich bisher, sieht man von der Veröffentlichung des Statuts und des vorläufigen Themenkatalogs ab (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 472 ff. und S. 545 ff.), im engen Rahmen der mit den Vorbereitungsarbeiten unmittelbar Beauftragten. Statut und Themenvorschläge wurden zwar darüber hinaus in den interessierten Gruppen und kirchlichen Einrichtungen lebhaft diskutiert; doch die breite Öffentlichkeit erfuhr, soweit sie sich dafür interessierte, vom Gang der Vorbereitungsarbeiten meist nur aus Pressemeldungen oder Sonderpublikationen.

Ein neuer Start

In den letzten Wochen begann nun *eine neue Phase der unmittelbaren Beteiligung des Kirchenvolks*. Drei Schritte markierten den Übergang von der bloß gremialen Beratung zur Mitwirkung der gesamten Öffentlichkeit: 1. die Verabschiedung der Musterwahlordnung für die Rekrutierung der Mitglieder der Synode durch die Bischofskonferenz Ende Februar; 2. die Verlesung des gemeinsamen Hirtenbriefs der Bischöfe am 1. März in allen Kirchen der Bundesrepublik; 3. der Start der „Umfrage unter allen Katholiken“ aus Anlaß und zur Thematik der bevorstehenden Synode durch eine von Kardinal Döpfner geleitete Pressekonferenz in Bonn am 20. April.

Nimmt man zu diesen Etappen, die die neue „öffentlichere“ Phase der Vorbereitung einleiteten noch den sowohl auf der Vollversammlung der Bischofskonferenz vom 16. bis 19. Februar wie auf der Vollversammlung des Zentralkomitees vom 20./21. März erörterten Terminplan hinzu, so läßt sich feststellen, daß die Vorbereitungsarbeiten, wenigstens bis zur offiziellen Eröffnung, rascher vor sich gehen werden, als man ursprünglich vermutet hatte. Dieser Terminplan enthält drei wesentliche Elemente: die Abwicklung der demoskopischen Umfrage, die Wahl der Synodalmitglieder, die offizielle Eröffnungssitzung der Synode.

Befragungen und Wahlen sind fast parallel geschaltet. Die allgemeine Fragebogenaktion begann noch im April mit der Versendung der Fragebogen an die Pfarreien. In der ersten Maihälfte wird die Verteilung durch die Pfarreien stattfinden; der Rücklauf der Antworten sollte bis zum 15. Juni abgeschlossen sein. Die zentrale technische Auswertung soll dann während der Sommermonate erfolgen. Die die allgemeine Fragebogenaktion begleitende, differenzierende und ergänzende *Repräsentativbefragung* ist in ihrem ersten (mit dem Fragebogen der allgemeinen Befragung übereinstimmenden) Teil bereits angelaufen; der zweite die allgemeine Fragebogenaktion differenzierende Teil soll so abgewickelt werden, daß das Ergebnis zur wissenschaftlichen Auswertung ebenfalls bis Spätherbst 1970 vorliegt. Diese wissenschaftliche Auswertung der Ergebnisse wird im wechselseitigen Vergleich und noch so rechtzeitig erfolgen, daß der Gesamtbericht über die erzielten Daten rechtzeitig zur Eröffnung der Synode zu Händen des Plenums und der dann zu bildenden Sachkommissionen vorliegt.

Gleichzeitig laufen die *Wahl und die Berufungen der Synodalen*. Nach der am 15. März veröffentlichten Wahlordnung können Kandidatenvorschläge bis zum 26. April (inzwischen verschiedentlich verlängert) an den von den diözesanen Räten zu bildenden vierköpfigen Wahlschuß eingereicht werden. Noch vor Beginn der Sommerferien, spätestens bis zum 28. Juni sollen die Wahlen zur Rekrutierung der vorgesehenen „diözesanen Mannschaft-

ten“ (sieben Vertreter pro Diözese, davon wenigstens drei Geistliche) abgeschlossen sein. Spätestens im Oktober will das Zentralkomitee die Wahl der von ihm zu berufenden 40 Mitglieder vornehmen; spätestens im November wird die Bischofskonferenz die von ihr zu berufenden Mitglieder bestimmen. Die Ordensoberen dürfen sich vermutlich bis dahin ebenfalls über die von den Orden zu entsendenden 22 Religiösen geeinigt haben. Für den 3. bis zum 5. Januar 1971 ist die *konstituierende Sitzung* der Vollversammlung der Synode geplant. Das Datum ist noch nicht endgültig, bleibt aber schon wegen der Weihnachtsferien höchst wahrscheinlich. Die konstituierende Sitzung hat die Aufgabe a) den allgemeinen Themenrahmen endgültig abzustecken und b) die Sachkommissionen zu wählen, die dann die inhaltliche Vorbereitung übernehmen und damit die *dritte Phase der Vorbereitungszeit* bis zum Beginn der Arbeitssitzungen bestimmen werden. Wann die Vollversammlung zu ihrer *ersten Arbeitssitzung* zusammentritt, hängt von der Effizienz und vom Tempo der Kommissionsarbeit ab. Vor Frühjahr 1972 dürfte damit kaum zu rechnen sein. Hier enden die sicheren oder wahrscheinlichen Voraussetzungen. Über den Verlauf der Synode selbst stellt man nur provisorische Berechnungen und Vermutungen an. Man rechnet innerhalb der Vorbereitungskommission mit einer Synodendauer von drei bis vier Jahren bei drei Arbeitssitzungen pro Jahr, wobei als Grundlage der Vermutungen der provisorische Themenkatalog mit seinen neun Themenkreisen dient.

Offizielle und inoffizielle Vorbereitung

Bleiben wir beim Näherliegenden, bei der jetzigen zweiten Vorbereitungsphase, so kann man eine Intensivierung auch über die schon genannten Aktionen hinaus feststellen: In allen Diözesen wurden inzwischen (bis Anfang April) *Synodalbüros* errichtet. Sie sollen nicht nur die Wahlen vorbereiten, sondern nach den Intentionen der Vorbereitungskommission in enger Zusammenarbeit mit ihr (eine erste Begegnung hat bereits stattgefunden) die thematische Diskussionsbasis in den Diözesen möglichst verbreitern, also Wahlhilfbüro und Public Relations Office in einem sein.

Inzwischen hat sich die *thematische Diskussion* wenigstens im organisierten Katholizismus konkretisiert. Kirchliche Verbände haben die bisherige Vorbereitung nicht nur kritisch begleitet, sondern zum Teil eigene Arbeitsgruppen gebildet und Themenvorschläge eingereicht. Nicht nur den Katalog wollte man teilweise geändert wissen, auch die durchlaufenden Perspektiven sollten ergänzt werden. *Mission* und *Caritas* sollten als weitere durchlaufende Perspektiven zum Tragen kommen. So wünschten es jedenfalls das PWG und für letztere der Caritasverband in einer ausführlichen, auch der Presse zugeleiteten Eingabe an die Vorbereitungskommission. Verbände und Gruppen, die um die notwendige Dynamik der künftigen Synode fürchten (darunter Pax-Christi, die Arbeitsgemeinschaft der Priestergruppen, die KDSE, die Studentenpfarrerkonferenz, der Bensberger Kreis), haben sich zu Jahresbeginn zu einer „*Arbeitsgemeinschaft Synode*“ mit Sitz in Frankfurt zusammengeschlossen. Im November 1970 soll im Rahmen dieser Sammlung eine eigene Arbeitstagung stattfinden. Man will Vorschläge „von außen“ entwickeln und damit kritisch-korrigierend auf die Vorbereitungsarbeit einwirken, keine Gegensynode

bilden, wohl aber wenn notwendig sich in loyale, aber wirksame Opposition begeben für den Fall, daß sich der Eindruck verstärkt, das Konzept der Synode werde zu eng hierarchiologisch und ohne ausreichenden Mut zur Innovation gefaßt.

Einen Ort für das synodale Geschehen, das, wie immer es sich entwickelt, geeignet ist, deutsche Kirchengeschichte zu machen, hat man noch nicht gefunden, doch führe man, so hieß es in der Pressekonferenz vom 20. April in Bonn, „zur Zeit umfangreiche Ortsprüfungen durch, die bald zu einem konkreten Vorschlag führen sollen“. Im Gespräch sind Mainz (Rheingoldhalle) und Würzburg (Kiliansdom). Zur Diskussion steht nicht nur der Ort, sondern auch die Art des Gebäudes, ob profaner Mehrzweck- oder Sakralbau. Der ehrwürdige erst in den sechziger Jahren wieder aufgebaute Kiliansdom erscheint manchen als zu geschichtsträchtig. „Progressive“ vermuten in ihm zuviel symbolische Kontinuität. Doch zum ideologischen Gravamen wird die Orts- und Gebäudewahl wohl nicht werden.

Spürbare Unzufriedenheit

Aber es gibt andere *Unzufriedenheit* mit der Synodenvorbereitung, wie sie bisher verlief. Man sah sich bisher zu wenig mit einbezogen; man fürchtet das Tempo. Als beispielsweise das Generalsekretariat des Zentralkomitees den Diözesanräten in guter Absicht Mitte Februar ein Schreiben zukommen ließ, in dem es sie über die damals bevorstehende Verabschiedung der Wahlordnung durch die Bischofskonferenz und über die vorgesehenen Wahltermine orientierte, war das Echo verdrossen, teilweise empört. Man fühlte sich übergangen, man habe nicht nur das Synodenstatut, sondern auch die Wahlordnung in den Pfarrgemeinderäten, in den Katholikenausschüssen der Städte und Dekanate, in den Diözesanräten diskutieren und sein Votum dazu abgeben wollen. Man beklagte einmal mehr und beklagt immer noch die *fehlende Einbeziehung der Diözesen und Gemeinden* bzw. ihrer gewählten oder berufenen „basisnahen“ Repräsentanten in die Synodenvorbereitung. Seither vergeht kaum eine Katholikenausschuß- oder Diözesanratssitzung, auf der nicht Klage über mangelnden Diskussionswillen und bürokratische Manipulation geführt wird. Umgekehrt geraten zunehmend freie Initiativen unter Beschuß amtlicher Stellen. So wurde das Sonderunternehmen der Kirchenredaktion des ZDF „*Postfach Synode*“ erst jüngst u. a. vom Kölner Ordinariat bezichtigt, es fabriziere bei der Verwertung des einlaufenden Briefmaterials „hochgestapelte Hochrechnungen“, die, weil völlig unrepräsentativ für das Kirchengesamtvolk, das tatsächliche Meinungsbild in der Kirche verfälschten.

Hält man allen Streitenden und Betroffenen zugute, daß man kaum fundamentale Ansprüche verletzt oder mißachtete, sondern psychologische Fehler häufig wiederholt, so bleibt beim gegenwärtigen Stand der Vorbereitung dennoch eine recht schillernde Situation festzuhalten: 1. Ob man es zugeben will oder nicht, ob man damit einverstanden ist oder nicht, fest steht, daß bisher die *Vorbereitung* unter planerischen und organisatorischen Gesichtspunkten kaum zu wünschen übrig läßt. 2. Der *Anspruch* der Synode wird durch die Bischöfe und die vorbereitenden Organe verhältnismäßig hoch gesteckt: Man traut ihr eine umfängliche Thematik zu, und man wünscht verbindliche Beschlüsse. 3. Die bisherige Vorbereitung hat aber zugleich die Bedenken, organisato-

rische und thematische Perfektion könnte eine breite *Diskussion* vorzeitig kanalisieren und während der Synode selbst behindern. 4. Die die verschiedenen Kreise bewegenden *Grundfragen* (bei den einen ist es der Glaubenssinn, bei den anderen ist es die Innovation kirchlicher Strukturen und Aufgaben) könnten dennoch nicht genügend zur Sprache kommen; die Synode dürfte letzten Endes doch in vordergründiger Bestandsaufnahme steckenbleiben oder sich vornehmlich mit „leichten“ Regelungen im organisatorisch-rechtlichen Bereich (Stichwort „Ämter und Dienste“) zufriedengeben oder in den zentralen Fragen des Glaubens (Lehre und Erfahrung) und der Kirche als Glaubenszeugin (Verkündigung) nur eine bremsende, aber keine klärende Wirkung erzielen. 5. Die Synode laufe jetzt schon Gefahr, eine bloße *akademische*, wenn nicht gar ausschließlich theologische Angelegenheit unter „kirchlichen“ Fachleuten auf der einen und der Verbands- und Gruppenfunktionäre auf der anderen Seite zu werden. Der Weg zum „Volk“ werde oder bleibe versperrt. Alle diese Querelen und Einwände widersprechen sich. Sie können auf keinen gemeinsamen Nenner gebracht werden; sie heben sich aber entgegen gelegentlichen amtlichen Feststellungen auch nicht einfach gegenseitig auf. Es lohnt sich deswegen gerade jetzt, wenigstens die beiden ersten Punkte etwas näher zu erläutern.

Gefälle in der Vorbereitung

Zum ersten: Der *planerische Fortschritt* in der Vorbereitung steht in einem spürbaren Gegensatz zu dem Wenigen an Information, das bisher in die breitere Öffentlichkeit gedrungen ist. Organisatorisch-rechtlich haben wir bereits entscheidende Schritte hinter uns. Das *Statut* ist nicht nur längst verabschiedet, sondern inzwischen auch von Rom gutgeheißen. Es war von solchem Zuschnitt, daß unüberwindlicher Widerspruch Roms nicht zu erwarten war. Aber beim gegenwärtigen kirchlichen Spannungszustand ist das bei vielen keine Empfehlung. Es entsteht vielmehr der Eindruck, man habe sich von Anfang an keine Schwierigkeiten machen wollen. Die weitere unmittelbare Vorbereitung scheint indessen einstweilen etwas zum Stillstand gekommen zu sein. Von den *drei Untergruppen*, die innerhalb der Vorbereitungskommission gebildet wurden, kam bisher nur die erste mit der in Zusammenarbeit mit dem Allensbacher Institut vorbereiteten Umfrageaktion ans Ziel. Die zweite Gruppe, gebildet für die Ausarbeitung der Wahl- und Geschäftsordnung konnte erstere frühzeitig abschließen; ein Entwurf für die *Geschäftsordnung*, als Präzisierung und Ergänzung des Statuts eine nicht ganz leichte und sehr diskussionswürdige Angelegenheit, soll erst in den nächsten Sitzungen vorbereitet werden. Die dritte Arbeitsgruppe für den Aufgabenbereich Thematik mußte sich bisher im wesentlichen auf die Sammlung, Registrierung und vorläufige Sichtung der von Verbänden, Gruppen und Einzelnen einlaufenden Vorschläge, vielfach Ergänzungen oder Kritiken zum vorläufigen Themenkatalog, beschränken. Auf der letzten Vollsitzung der Vorbereitungskommission vor Abfassung dieses Berichtes, am 8. April, standen vornehmlich technisch-organisatorische Gesichtspunkte wie die Frage der Finanzierung des eventuellen Verdienstaustausfalls der Synodalen zur Debatte. Man kann also immer noch ein deutliches *Gefälle* zwischen organisatorisch-rechtlicher und thematischer Vorbereitung feststellen. Man wird sich aber darüber nicht

wundern, denn erstens ist hier zielführende Arbeit viel schwieriger, zweitens kann sie nur gedeihen, wenn sie in möglichst differenzierter Kenntnis der Probleme und der einer Synode möglichen Lösungen arbeitet und drittens muß diese Arbeit in breiter und vielfältiger Abstimmung mit allen an der Synode Interessierbaren erfolgen. Sie setzt also eine möglichst treffsichere Diagnose, zu der u. a. die Fragebogenaktion verhelfen soll, voraus. Zum anderen hat man den Eindruck, daß man — Korrekturen selbstverständlich nicht ausgeschlossen — den vorliegenden Katalog durchaus als Basis betrachtet, die es jetzt zu differenzieren gilt. Die Vorbereitungskommission wird also als Nächstes und Wichtigstes bis zur konstituierenden Sitzung auf der Basis des Katalogs einen Prioritätenplan entwickeln müssen, diesen also nach Dringlichkeit und Praktikabilität der Lösungen neu zu ordnen und eine erste Struktur der einzelnen Themenkreise nach sachlichen (nicht verfahrensmäßigen) Gesichtspunkten auszuarbeiten haben.

Hoher Anspruch

Zum zweiten: Wichtiger aber als der tatsächliche Stand der Vorbereitung und als das in der Phase bis zur Konstituierung der Synode Erreichbare dürfte der *hohe Anspruch* sein, unter den die Synode durch das Statut und die erste Themenwahl gestellt wurde. Gemeint sind hier also nicht die Desiderate, Wünsche und Erwartungen, die in der Gruppendiskussion an die Synode herangetragen werden, sondern der Anspruch, der in der bisherigen amtlichen Planung verkörpert ist. Dieser Anspruch ist zweifach, erstens methodisch, zweitens thematisch.

Erstens will man den Beschlüssen der Synode ein *hohes Maß an Verbindlichkeit* geben, und zwar nicht nur bei Beschlüssen mit Anordnungscharakter, sondern auch bei Feststellungsbeschlüssen, bei Voten und Erklärungen. Zweitens beweist der bisherige Themenkatalog, daß man möglichst die *gesamte nachkonziliare Thematik* in der Kirche im synodalen Gespräch einfangen möchte. Dieser Anspruch scheint so hoch zu sein, daß er sehr leicht als Überforderung ausgelegt werden könnte. Denn man wird sich fragen müssen, ob angesichts der divergierenden Meinungen hinsichtlich der Interpretation des Glaubens und des kirchlichen Strukturverständnisses eine solche Aufgabe auch nur annähernd bewältigt werden kann. Zweitens könnte man sich fragen, ob man über eine alles einschließende Thematik überhaupt zu Grundfragen vorstoßen kann. Drittens wäre zu prüfen, ob die meisten Fragen nicht noch der längerfristigen Diskussion bedürfen, bevor sie zu Beschlüssen destilliert werden können. Hinter allen drei Fragen steht die Grundfrage nach der Zielrichtung der Synode.

Hier lohnt es sich, den Vergleich mit *Holland* wieder aufzunehmen, um so mehr als die deutsche Synode den Wirkungen des holländischen „Konzils“ sich niemals wird entziehen können. Auch wenn Kardinal Alfrink in seiner Schlußansprache erklärte, die Holländer hätten ihr Unternehmen nicht als Exportartikel verstanden, so hat das holländische Beispiel doch schon die bisherige Diskussion über die deutsche Synode mitbestimmt. Die *Kritiker* der bisherigen Vorbereitung berufen sich auf Holland, wenn sich für sie Thematik und Methoden bei der Vorbereitung zu verengen scheinen oder wenn sie den Eindruck gewinnen, nach der Intention der vorbereitenden Gremien solle die Synode nur ein *erweiterter Gesetzgebungsarm*

der Hierarchie werden. Für die Architekten des deutschen Unternehmens setzte das holländische Beispiel neben positiven Erfahrungen eine Reihe von Warnsignalen. Sie zweifeln nicht nur an seinem *Modellwert* für deutsche Verhältnisse; sie haben Vorbehalte zu seinem Verlauf insgesamt. Zwei Bedenken sind grundsätzlicher Art. Man zeigte sich — nicht nur anlässlich der Zölibatsdiskussion — besorgt über die Diffusion theologischen Gedankenguts und über die *Trendanfälligkeit* eines primär der Diskussion verpflichteten Gremiums, schon weil Diskussion ihrer Natur nach dann doch auf Beschlüsse zielt, aber gerade dann dazu neigt, Begründungen zu vernachlässigen. Und man hatte aus einem ganz anderen Blickwinkel Bedenken anzumelden zur Gestalt des holländischen Pastoralkonzils. Trotz der Zurückhaltung der Hierarchie bezeichnete man es gelegentlich als *Hearing der Bischöfe*, da es sich ja „nur“ um eine pastorale Beratung ohne verbindliche Folgen für die Bischöfe selbst handelte. Sie konnten sich jeder Entscheidung entziehen, da verbindliche Beschlüsse nicht gefaßt wurden. Aus deutscher Perspektive konnte die Prozedur gelegentlich als eine vornehm-liberale Art des Dampf-abblasen-Lassens erscheinen. Das war es nicht. Denn erstens konnten sich die Bischöfe gewissen Empfehlungen oder Forderungen aus moralischen Gründen nicht entziehen, und zweitens schuf die freie Diskussion ein Klima der Solidarität zwischen Bischöfen, Klerikern und Laienvertretern, wie man es sonst in der Kirche gegenwärtig nirgends kennt.

Fruchtbares Beispiel, aber kein Modell

Dennoch bleibt ein bitterer Nachgeschmack zurück, aus dem man in Deutschland ohne Minderung der Verdienste des holländischen Pastoralkonzils eine Lehre ziehen kann. Das solidarische, aber im Blick auf die Sache relativ *unverbindliche Miteinander* war doch auch mit ein Grund dafür, daß ohne Rücksicht auf theologische Vertretbarkeit oder gesamtkirchliche Durchsetzbarkeit im einzelnen, die Dinge treiben konnten, bis sie zum offenen Konflikt führten, während verbindlichere Beschlußfassung zu genauerer Abwägung des grundsätzlich und taktisch Verantwortbaren hätte führen müssen. Hierin liegt auch der Grund für die gelegentliche Feststellung, der holländische Episkopat habe es an *Führung und an klarer Stellungnahme* fehlen lassen. Kardinal Alfrink wies diesen Vorwurf zurück (vgl. ds. Heft, S. 232), dennoch bezeichnet er den neuralgischen Punkt des holländischen Unternehmens nicht nur für die, welche vornehmlich um die Wahrung der Rechte der Hierarchie auf einer Synode besorgt sind, sondern auch für solche, die mehr Verbindlichkeit als Ergebnis der Diskussion um der Sache willen wünschen.

Trotz dieser nicht leicht zu nehmenden Bedenken wird die deutsche Synode und ihre Vorbereitung immer wieder gerade von ihren Kritikern am holländischen Beispiel gemessen werden. Will man aber beiden gerecht werden, muß man die *verschiedenen Zeitumstände* beachten. Der Beschluß zur Abhaltung des holländischen Pastoralkonzils fiel unmittelbar bei Konzilsende. Damals galt es erst einmal, die Auswirkungen des Konzils in Erfahrung zu bringen und die Folgerungen zu diskutieren. Ein Pastoralkonzil als „pastorale Beratung“ war damals angebracht. Ob zur Zeit der Abhaltung des Konzils sich die Situation auch in Holland nicht schon so weit geändert hatte, daß verbindliche Synodalbeschlüsse im Sinne des *verantwortbaren Schritthaltens mit der Zeit* angemessen-

ner gewesen wäre, kann wohl nur in Holland entschieden werden. Für die Bundesrepublik dürften jedenfalls die Dinge heute anders liegen. Wir befinden uns heute in einer *Spätphase* eines notwendigen, wenn auch strapaziösen und viele überfordernden Disputs mit periodischen Momenten intensiver Erregung. Spätphase heißt nicht, daß die rechtlichen Probleme wie die theologischen Grundfragen einer Klärung nahegekommen wären, wohl aber daß sie einer Klärung bedürfen, sollen sich die einmal entbundenen Energien nicht sinnlos verlaufen und die Kirche durch inneren Kräfteverzehr in Gefahr bringen. Offenheit des Fragens, der Mut auch zu radikalen Änderungen ist deswegen nicht überflüssig geworden; aber man wird sich hüten, Diskussion um ihrer selbst willen zu institutionalisieren und gerade dadurch den Weg zu notwendigen Entscheidungen bei Gefahr des Toleranzschwundes zu verhindern. Deswegen scheint uns der Beschluß zur Abhaltung einer *rechtlich bindenden Synode* ebenso zeitgerecht wie seinerzeit der holländische Beschluß zur Veranstaltung einer „pastoralen Beratung“.

Welcher Führungsstil?

Wenn man aber die inzwischen fortgeschrittene Entwicklung zur Begründung der Zweckmäßigkeit eines rechtlich verbindlichen synodalen Umgangs heranzieht, so muß man den gewandelten Zeitumständen aber auch in anderer Beziehung, bei der Zielsetzung und Themenstellung der Synode, Rechnung tragen. Hier läßt sich von Holland einiges lernen. Kardinal Alfrink drückte sich in seiner Schlußansprache in Noordwijkerhout ganz unmißverständlich aus: das Pastoralkonzil habe nicht nur für die Anwendung des *Zweiten Vatikanums* zu sorgen gehabt. Es habe nach seinen Intentionen bei der Problematik der eigenen niederländischen Situation anzusetzen gehabt. In der Bundesrepublik war man in diesem Punkte bisher sehr viel zaghafter. Zum Beweis sei an zwei bekannte Beispiele erinnert: Die *Präambel des Statuts* wurde auf Verwirklichung der Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils festgelegt. Diese Festlegung erfolgte zwar vermutlich mit Blick auf Rom und ist, wie alle bisherigen thematischen Bemühungen zeigen, nicht exklusiv zu verstehen. Doch die gelegentlich der Statutendebatte demonstrierte Zaghaftigkeit findet sich in dem *gemeinsamen Hirtenbrief der deutschen Bischöfe* vom 1. März 1970 fortgesetzt. Auch in diesem Hirtenbrief war man um engen Anschluß an das Zweite Vatikanum bemüht, wiederum allerdings nicht exklusiv thematisch, sondern ermahnend, warnend. Aber selbst wenn man davon ausgeht, man habe mit dem Brief Konkretes nicht im Sinn gehabt, da man erst einmal die Ergebnisse der Vorbereitungsarbeit und der Umfrageaktion abwarten wollte, so wurde der Hirtenbrief doch zum Musterbeispiel eines zaghaft mahnenden Stils, wie er angesichts eines so einschneidenden Ereignisses kaum zweckmäßig erscheint. Daß Erneuerung auch Sammlung, Bereitschaft zum Gespräch, zum Aufeinanderhören bedeutet, daß die Erneuerung nicht in äußeren Reformen steckenbleiben soll, sondern „von der Mitte des christlichen Lebens her“ zu geschehen habe, wird niemand leugnen, sondern jedermann betonen wollen; aber bisher hat man von den Bischöfen insgesamt noch wenig darüber erfahren, wie diese Erneuerung von der Mitte christlichen Lebens her auf der Synode aussehen, welche Ziele ihr gesetzt werden sollen. Ein *neuer Führungsstil*, der die nachkonziliaren Umwälzungen kritisch

und notfalls korrigierend zur Kenntnis nimmt und die Ansätze des Konzils unter veränderten Voraussetzungen weiterführt (vgl. die Ansprache Kardinal Alfrinks, ds. Heft, S. 231), wurde darin nicht sichtbar. Die Feststellung, die Synode eines Landes könne nicht Fragen regeln, welche die Gesamtkirche betreffen, wäre geradezu eine Absage an den Sinn der Synode, würde man sie so verstehen, daß sie nur spezifisch lokale bzw. regionale Fragen zu behandeln habe, denn die *regional relevanten Fragen sind heute gerade die von gesamtkirchlicher Bedeutung*. Der prinzipielle Verzicht auf jede mögliche Auseinandersetzung mit gesamtkirchlich geltendem Recht oder mit römischen Standpunkten müßte der Synode bereits vor ihrem Beginn jede Dynamik nehmen. Die Kritik am holländischen Pastoralkonzil ist ja nicht in der Tatsache begründet, daß es sich überhaupt mit der Gesamtkirche berührenden Fragen beschäftigt oder Änderungen gesamtkirchlicher Gesetzgebung angestrebt hat, sondern darin, daß es diese Fragen teils theologisch unzureichend, teils kirchenpolitisch zu trendgebunden behandelt hat.

Mißverständener Dialog?

Und noch etwas fällt an der deutschen Synodenvorbereitung auf: Man hat den Eindruck, als verstehe man die jetzt angelaufene Fragebogenaktion mit der sie begleitenden Repräsentativbefragung vornehmlich als den breit angelegten *Dialog*, über den, wie es in der Pressekonferenz vom 20. April hieß, „möglichst weite Kreise der Katholiken in der Vorbereitungsphase wirksam an den Überlegungen teilnehmen und ihre Meinungen und Erfahrungen in die Synode einbringen können“. Die *Demoskopie* ist bei der Vorbereitung der Synode sicher unerlässlich und nicht nur für die Synode, sondern für die Kenntnis der Voraussetzungen des religiösen Lebens heute überhaupt. Die jetzige Fragebogenaktion mit der sie begleitenden Repräsentativbefragung sind längst fällige, bisher versäumte Erhebungen. Ihre Ergebnisse werden auch die Diskussion über die Synode beleben und den Kommissionen, aber auch den Diözesen das notwendige empirische Ausgangsmaterial bieten. Das Unternehmen dürfte sogar für beide Seiten, für die Kirche und die *Demoskopie*, gleich wichtig sein, weil beide ihre Erfahrungen damit erst machen müssen. Der Fragebogen, mit dem die Katholiken der Bundesrepublik dieser Tage konfrontiert werden, erscheint nicht nur nach demoskopischen, sondern auch nach kirchlich-religiösen Kriterien ausgewogen. Etwas Katechismusdeutsch ist zwar noch geblieben, aber eine Reihe allzu undifferenzierter Fragen des ersten, Ärgernis erregen-

den Entwurfes sind verschwunden, die *Verständlichkeit* ist geblieben; die Anordnung der Fragen wirkt überzeugender. Allerdings ist die Auswertbarkeit nicht nur an das *Rücklaufergebnis* gebunden; es gilt auch noch einige andere Gesichtspunkte zu beachten: 1. ist der vorliegende Fragebogen und im Grunde die *Demoskopie* überhaupt an der Erhebung des Meinungsfeldes über aktuelle Zustände orientiert. Das ist schon sehr viel, insbesondere wenn man hoffen kann, daß sich auch dem kirchlichen Leben Fernstehende in genügender Zahl, wie es vorgesehen ist, erfassen lassen. Entscheidungs- bzw. Optionsfragen wurden vermieden; einige der ursprünglich enthaltenen (Liturgie, Priestertum) wieder gestrichen. Dadurch droht aber, die Gefahr ist jedenfalls inhärent, vom Ergebnis her eher eine Bestätigung des Bestehenden als ein getreues Abbild des sich vollziehenden Wandels. 2. kann die *Demoskopie* im Bereich Kirche vorwiegend nur mit Fragen und Aussagen operieren, die die Schicht des („volkskirchlich“) *Religiösen* widerspiegelt, während ihr die Aufschlüsselung der Struktur und der Tiefenbezüge des *Glaubens* weitgehend verwehrt bleibt. 3. dient die Umfrageaktion der Feststellung der vorhandenen Meinungen, nicht eigentlich dem Meinungsaustausch im Sinn der *Gegenseitigkeit*. Nur dieser ist strenggenommen *Dialog*. Die Meinungsfeststellung liefert Material und Hinweise für die Art und Zielrichtung, in die der synodale *Dialog* gesamtkirchlich geführt werden kann. Es darf aber nicht mit diesem selbst verwechselt werden. Dieser muß vielmehr durch einen möglichst breiten und nach Gruppen und Einrichtungen differenzierten Meinungs- und Diskussionsaustausch auf pfarrlicher und diözesaner Ebene bewerkstelligt werden. Gefährlich wäre eine *Isolierung* der amtlichen Vorbereitungsorgane von diesem Diskussionsfluß durch eine vorzeitige, wenn auch systematische und operational überzeugende Themen- und Methodenfixierung. Aber es besteht auch die andere Gefahr, mit der man sich zunehmend zu befassen haben wird: die Schwierigkeit der *Vertiefung der Problemstellungen* durch ausreichenden Sachverstand. Das Plenum würde damit, wie immer es zusammengesetzt sein wird, weitgehend überfordert. Ein möglichst emotionsfreies Zusammenspiel zwischen dem Plenum und den Kommissionen kann ein Stück weiterhelfen. Aber man wird sich wohl noch weitere Arbeitsteilungen einfallen lassen müssen etwa in der Form, daß man Beschlüssen (Dekreten oder Erklärungen) begründende Dokumente der Kommissionen folgen läßt. Als Entscheidungsgremium mit bindendem Charakter hat es die deutsche Synode hier wesentlich schwerer als das holländische Pastoralkonzil, und dieses hatte es schon schwer genug.

Meldungen aus Kirche und Gesellschaft

Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Vollversammlungen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) pflegen kaum besonders publikumswirksame Veranstaltungen zu sein. Das liegt an der Institution und wohl auch an der Thematik, die dort behandelt wird. Das Zentralkomitee hat sich auch in seiner

neuen Struktur als kombiniertes *Spitzenorgan des kirchlichen Räte-systems und des katholischen Verbandswesens* noch nicht so der Öffentlichkeit eingepreßt, daß es als repräsentatives Diskussionsforum und als Beschlüßgremium des deutschen Katholizismus akzeptiert würde. Die

Themen, die dort zur Diskussion stehen, haben, auch wenn es sich um gesellschaftspolitisch relevante Fragen handelt, zu sehr den Geruch des bloß innerkirchlichen, um das Interesse der neutralen Publizistik zu wecken. Seit einiger Zeit ist zwar die Presse zu den Beratungen auf den Vollver-